

DIE BEDEUTUNG DER SLOWAKEI FÜR DAS DEUTSCHE REICH IN DEN JAHREN 1939–1945

Von *Tatjana Tönsmeier*

Die Literatur vermittelt oftmals den Eindruck, die Entstehung eines Slowakischen Staates im März 1939 sei nur ein Nebenprodukt der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Errichtung des „Protektorates“ über Böhmen und Mähren gewesen. Tatsächlich geriet die Slowakei auch erstmals in diesem Zusammenhang in das Blickfeld nationalsozialistischer Außenpolitik, aber die Entstehung eines selbständigen Staates war aus der Sicht des Reiches keinesfalls die einzige Option¹. Sie stellte jedoch nach der altbewährten Methode des „Zerfalls von innen“, erprobt zuvor schon mit den österreichischen Nationalsozialisten und den Sudetendeutschen², die „eleganteste“ Lösung des Problems dar. So kam es – nach verschiedenen Verhandlungen³ – am 14. März 1939 zur Ausrufung des Slowakischen Staates durch den Landtag in Brati-

¹ Das Spektrum reichte von der Forderung der Führung der Karpatendeutschen auf Eingliederung wenigstens der westlichen Gebiete der Slowakei in die deutsche Ostmark über den Verbleib der Slowakei bei der Č-SR aus militärisch-strategischen Gründen (deutscher Generalstab) bis hin zur Vorstellung des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Ernst Woermann, der in der Selbständigkeit der Slowakei die günstigste Lösung für das Reich sah. Hoensch, Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln-Graz 1965, 99 f. – Siehe auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes. Serie D (1937–1945), Bde. I–X, Baden-Baden-Frankfurt/M. 1950–1963, IV, 45, 46, 50, 68, 69. Zuvor hatte Hitler die Absicht gehabt, Ungarn für ein Mittun bei der Zerschlagung der ČSR mit dem Erwerb der Slowakei und Rutheniens zu belohnen. Vgl. Ádám, Magda: Die gemeinsamen Aktionen Hitlerdeutschlands und Ungarns zur Aufteilung der Tschechoslowakei. In: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1964, 133–139, hier 135 sowie Hoensch, Jörg K.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967, 50 f.

² Hoensch: Ostpolitik 227.

³ So verhandelten Ende Februar 1939 verschiedene slowakische Minister und Abgeordnete (u. a. D'určanský, Pružinský, Zaťko und Palko) über die ökonomische und politische Entwicklung der Slowakei mit dem Reich, wobei sich das „Argument“ einer drohenden Eingliederung der Slowakei nach Ungarn als besonders „überzeugend“ erwies. Hoensch: Ostpolitik 232–235, siehe auch Jelínek, Yeshayahu A.: The Parish Republic. Hlinka's Slovak People's Party 1939–1945. New York-London 1976, 26 f. Anfang März verhandelten Dr. Vojtech Tuka und Dr. Ferdinand D'určanský, beide Vertreter eines auf Loslösung der Slowakei vom tschechoslowakischen Staat bedachten Kurses, mit Göring in Berlin; zeitgleich sprachen Seyss-Inquart, Reichsstatthalter für die Ostmark, und sein persönlicher Referent, Dr. Hammerschmidt, mit Dr. Jozef Tiso, dem Ministerpräsidenten der autonomen Slowakei, in Bratislava. Hoensch: Ostpolitik 247 ff., siehe auch Kaiser, Johann: Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Slowakei 1939–1945. Ein Beitrag zur Erforschung der nationalsozialistischen Satellitenpolitik in Südosteuropa. Bochum 1969 (Diss.), 45 f. Nach-

slava (Preßburg)⁴. Damit einher gingen am 18./23. März 1939 die Unterzeichnung eines Schutzvertrages⁵ (in dem sich das Reich allerdings für den Fall eines polnischen oder ungarischen Angriffs die Entscheidungsfreiheit vorbehält⁶) und des „Vertraulichen Protokolls über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakei“⁷. Diese beiden Vertragswerke sowie das im August 1939 unterzeichnete Schutzzonen-Statut, das der deutschen Wehrmacht militärische Hoheitsrechte in dem als „Schutzzone“ deklarierten Teil der Westslowakei (begrenzt durch die Staatsgrenze im Westen, durch den östlichen Rand der Kleinen und Weißen Karpaten sowie des Javornikgebirges im Osten) gewährte⁸, garantierte die politischen, militärischen und ökonomischen Interessen des Deutschen Reiches, nicht aber die eigenstaatliche Zukunft der Slowakei⁹. Erst die militärische Beteiligung der Slowakei am Polenfeldzug sicherte die Existenz des „Schutzstaates“ wie Hitler dem slowakischen Gesandten Černák am 21. Oktober 1939 in Berlin versicherte¹⁰.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der Slowakische Staat tatsächlich eher ein Nebenprodukt der Zerschlagung der Tschechoslowakei. Nach der slowakischen Teilnahme am Polenfeldzug eröffneten sich jedoch der Reichsführung neue Perspektiven: Das Reich „entdeckte“ die politisch-propagandistische, die militärische und die ökonomische Bedeutung der Slowakei für sich.

dem der Ausnahmezustand über die Slowakei in der Nacht vom 9. zum 10. März von Staatspräsident Háchá verhängt und die slowakische Regierung abgesetzt worden war, war für die deutsche Seite Eile geboten, wollte sie die günstige Situation ausnutzen. Aber selbst nächtliche Besuche einer deutschen Delegation bei Karol Sidor, vor seiner Absetzung durch Háchá stellvertretender Ministerpräsident, am 12. März führten nicht zur Ausrufung der slowakischen Souveränität. Kaiser: Politik 51 und Hoensch: Ostpolitik 280 ff.; ausführlich auch in den Erinnerungen Čarnogurskýs, vgl. Čarnogurský, Pavol: 14. marec 1939 [14. März 1939]. Bratislava 1992, 214–220.

⁴ Kaiser: Politik 56 f., siehe auch Hoensch: Ostpolitik 299–303 und Kamenec, Ivan: Slovenský štát [Der Slowakische Staat]. Praha 1992, 23 f. Zu der vorausgegangenen Reise Tisos und D'určanskýs am 13. 3. nach Berlin siehe Kaiser: Politik 53 ff., Hoensch: Ostpolitik 289–294 und Kamenec: Slovenský štát 22 f. sowie D'urica, Milan S.: Außenpolitische Beziehungen der Slowakischen Republik. München 1983, 15. Die Rede Hitlers an Tiso siehe ADAP, D, IV, 202.

⁵ Dokumente zur Autonomiepolitik der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. Hrsg. von Jörg K. Hoensch. München-Wien 1984, Dok. Nr. 59.

⁶ Hoensch: Ostpolitik 344. Zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Slowakei und Ungarn im März 1939 siehe Malá vojna – Vojenský konflikt medzi Maďarskom a Slovenskom v marci 1939. Príspevky a materiály z konferencie v Michalovciach, 30. 3. 1993 [Der kleine Krieg – Der kriegerische Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakei im März 1939. Beiträge und Materialien der Konferenz in Michalovce, 30. 3. 1993]. Bratislava 1993.

⁷ Hoensch: Dokumente, Dok. Nr. 59.

⁸ Vnuk, František: The German Zone of Protection in Slovakia (A study in Slovak-German relations in March–August 1939). In: Slovakia 9/29 (1959) 7–23, hier 7 f. Zu den Verhandlungen über den Schutzzonenvertrag siehe ADAP, D, VI, 117, 206, 554, 611, 667, 696, 747 und 758. Ausführlich zur Schutzzone und ihrer Funktion als Aufmarschgebiet gegen Polen auch Kaiser: Politik 100–109.

⁹ Nach wie vor existierten vielfältige Teilungspläne sowie die Forderung der Wehrmacht nach Annexion. Kamenec: Slovenský štát 38.

¹⁰ „Ihre Haltung hat den Slowakischen Staat endgültig etabliert.“ ADAP, D, VIII, 286.

1. Die politisch-propagandistische Bedeutung der Slowakei für das Reich

Die Slowakei als „Visitenkarte“ des Reiches

Modern gesprochen könnte man sagen, daß es sich bei dem „Visitenkarten“-Konzept um eine PR-Maßnahme der reichsdeutschen Außenpolitik handelte. Am Beispiel der „selbständigen“ Slowakei sollte den Staaten des Donaumaums demonstriert werden, daß die Patronage durch das Reich keinesfalls mit einem Verlust an Souveränität gleichzusetzen sei – wie viele der südosteuropäischen Staaten befürchteten –, sondern politisch und ökonomisch Fortschritt und Wohlstand bedeute. Für das Reich hing von dem Erfolg dieser Propaganda viel ab: Es mußte die Donastaaten rechtzeitig an sich binden, um ihr Ausscheren aus der nationalsozialistischen Machtsphäre im Kriegsfall zu verhindern, da sonst besonders die Lebensmittelversorgung des Reiches gefährdet gewesen wäre¹².

Für die Slowakei hatte ihre Rolle als „Werbeträgerin“ der deutschen Außenpolitik durchaus ambivalente Auswirkungen. Auf der einen Seite unterblieben in dieser Phase deutsche Versuche, nationalsozialistisches Gedankengut zu oktroyieren oder slowakische Institutionen deutschen Vorbildern anzugleichen¹³ – gemäß der Direktive des Reichsaußenministers von Ribbentrop¹⁴. Auf der anderen Seite erwartete das Reich vorbildhafte Lösungen in der sogenannten „Judenfrage“ und in der deutschen Minderheitenproblematik, die Signalwirkung für den gesamten Donaumaum haben sollten. Konkret gesprochen bedeutete dies die Forderung nach dem „Einbau des volksdeutschen Elements“ in den Staat entsprechend der „Stellung des Deutschen Reiches zum Slowakischen Staat“¹⁵.

Die Rolle einer großdeutschen „Visitenkarte“ spielte die Slowakei bis zum Sommer 1940. In jener Zeit änderten sich mit den Siegen der deutschen Wehrmacht an der Westfront die Voraussetzungen der Außenpolitik so grundlegend, daß man in Berlin die Zeit für eine Um- und Neuorientierung gekommen sah: Man zog die „Visitenkarte“

¹¹ Der Begriff ‚Visitenkarte‘ geht auf den deutschen Gesandten in der Slowakei, Hans Bernard, zurück. ADAP, D, X, 17.

¹² Kaiser: Politik 146 und Jelinek: Republic 38. Zum Visitenkarten-Konzept allgemein auch Škovránek, Stanislav: Slovensko v nacistickom ovládaní Európy. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny (Materiály z vedeckého sympózia, nov. 1990). Hrsg. von Slovenská národná rada/Historický ústav SAV [Die Slowakei in der nazistischen Beherrschung Europas. In: Die Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkriegs (Materialien eines wissenschaftlichen Symposions, Nov. 1990). Hrsg. vom Slowakischen Nationalrat/Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften]. Bratislava 1991, 24–29, hier 25 f.

¹³ Kaiser: Politik 147.

¹⁴ ADAP, D, VIII, 409.

¹⁵ Zitiert nach Kaiser: Politik 166 f. Allerdings kollidierten diese weitgehenden deutschen Ansprüche mit slowakischen Vorstellungen, so daß schließlich ein Mittelweg gefunden werden mußte. Siehe dazu Lipták, L’ubomír: Príprava a priebeh salzburgských rokovani roku 1940 medzi predstaviteľmi Nemecka a Slovenského Štátu [Vorbereitung und Verlauf der Salzburger Verhandlungen im Jahre 1940 zwischen den Vertretern Deutschlands und des Slowakischen Staates]. In: Historický časopis 13 (1965) 329–365, hier 354 f. sowie Schmid, Karin: Die Slowakische Republik 1939–1945. Eine staats- und verfassungsrechtliche Betrachtung. Berlin 1982, 533 f. – Kováč, Dušan: Deutsche Partei v politickom systéme

zurück¹⁶ und erwartete nun mehr als nur äußerliche Loyalität. Die Slowakei sollte bei dem Versuch, den Staaten des Donauraums nationalsozialistische Systemelemente aufzuoktroyieren, die Rolle einer Schrittmacherin übernehmen.

Die Rolle der Slowakei bei den deutschen Neuordnungsplänen für den Donauraum

Nach den Erfolgen an der Westfront im Frühsommer 1940 war die Stimmung der Reichsführung geradezu euphorisch. Sie hielt nun den richtigen Zeitpunkt für gekommen, eine neue Politik in Südosteuropa zu betreiben. Zur Schaffung eines vom Reich beherrschten „Großwirtschaftsraums“ – was nicht nur eine ökonomische Machtposition meint, sondern ganz allgemein die Sicherung der deutschen Hegemonie gegenüber konkurrierenden Einflüssen, wie zum Beispiel Großbritanniens oder der Sowjetunion – wurde nun auf die Angleichung der politischen Systeme dieser Länder an das deutsche Vorbild gedrängt¹⁷. Der Slowakei als deutschem „Schutzstaat“ fiel dabei die Rolle einer Schrittmacherin zu.

Im Sommer 1940 hatte ein innerslowakischer Machtkampf, in dessen Zentrum die Frage nach dem Beharren auf slowakischer Souveränität bzw. der verstärkten Annäherung an das Reich stand, seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Das Selbständigkeitsgebahren des amtierenden slowakischen Innen- und Außenministers Dr. Ferdinand D'určanský löste in Berlin erst Verwunderung, dann zunehmende Verärgerung aus¹⁸. Schließlich hielt die Reichsführung den Zeitpunkt für gekommen, um in der Slowakei ein Exempel zu statuieren.

Zunächst herrschten auf deutscher Seite jedoch viele konkurrierende Vorstellungen darüber, welches das „richtige“ Exempel wäre. Die Parteileitung unter Martin Bormann sowie die Spitzen der karpatendeutschen Minderheit forderten, den Status der Slowakei an den eines Protektorates anzunähern¹⁹. Ähnliche Auswirkungen hätte auch die in Wirtschaftskreisen anvisierte Zoll- und Währungsunion gehabt²⁰. Beson-

Slovenského štátu [Die Deutsche Partei im politischen System des Slowakischen Staates]. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny 131–134, hier 131 und 133f. – Hoensch, Jörg K.: Grundzüge und Phasen der deutschen Slowakei-Politik im Zweiten Weltkrieg. In: Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Hrsg. von Detlef Brandes und Václav Kural. Essen 1994, 215–239, hier 220ff.

¹⁶ So Bernard in einem Memorandum vom 25. Juni 1940 für das Auswärtige Amt: „Mit dem 9. April und dem 10. Mai begann auch ein neues Kapitel im deutsch-slowakischen Verhältnis. Die neue politische Lage erlaubt es, unsere Visitenkarte zurückzuziehen, die wir so lange herausgehalten haben, um sie bekannt werden zu lassen. Jetzt ist die Zeit gekommen, um wieder einmal absolut klarzustellen, besonders im Hinblick auf die Länder Südosteuropas, daß die Slowakei zu unserem Lebensraum gehört, d.h., daß allein unsere Wünsche maßgeblich sind.“ Zitiert nach Broszat, Martin: Das deutsch-slowakische Verhältnis 1939/40 und seine Rückwirkung auf die slowakische Judenpolitik. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. I. München 1958, 221–229, hier 223.

¹⁷ Kaiser: Politik 347f. – Dress, Hans: Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939–1941. Berlin 1972, 132f.

¹⁸ Lipták: Salzburg 335. – Jelinek: Republic 37f. – Kaiser: Politik 295f. – Dress: Neuordnung 133. – Zur Politik D'určanskýs auch Schmid: Republik 507.

¹⁹ Kaiser: Politik 340ff. – Dress: Neuordnung 136f. – Lipták: Salzburg 358.

²⁰ ADAP, D, X, 246.

ders die Diskussion um die Zoll- und Währungsunion läßt im übrigen deutlich werden, daß hier nicht nur die slowakische Zukunft verhandelt wurde, sondern daß man sich im Reich der Tatsache bewußt war, daß das deutsche Agieren im ‚Schutzstaat‘ eine Signalwirkung für ganz Südosteuropa haben würde. Aus eben diesem Grund wurde (zu diesem Zeitpunkt) von einer Union abgesehen²¹. Letztlich gelang es Kreisen um das Auswärtige Amt (AA), sich durchzusetzen. Hier vertrat man die Überzeugung, die günstigste Lösung sei in personellen Veränderungen zu sehen, nicht jedoch in einer Neubestimmung des Charakters der bilateralen Beziehungen²². Gegen eine Aushöhlung der slowakischen Souveränität wehrte sich das AA allerdings nicht nur aus politisch-propagandistischen Gründen, sondern auch aus nicht zu unterschätzendem Ressortegoismus²³.

Die vom Reich favorisierten Änderungen wurden bei einem Treffen deutscher und slowakischer Politiker am 28. Juli 1940 in Salzburg durchgesetzt, dem sogenannten Salzburger Diktat. Den Slowaken wurde vorgeworfen, ihre Seite des Schutzvertrages nicht erfüllt zu haben. Das Reich als „Garant“ der politischen Unabhängigkeit könne „eine diese Unabhängigkeit gefährdende innere Zersetzung nicht dulden“. Außerdem wurden die mangelnde Verfolgung der Juden, eine verfehlte Sozialpolitik (die zu Streiks und Sympathien für die KP führe) sowie „politischer Katholizismus“ kritisiert²⁴. Deshalb forderte der Reichsaußenminister von Ribbentrop, den slowakischen Staatschef Dr. Jozef Tiso ultimativ zur Umbildung seiner Regierung auf²⁵. Daß es sich wirklich um mehr handelte als nur um die Ersetzung eines zu eigenmächtigen Politikers (und seines Umfeldes) durch dem Reich genehme Figuren, beleuchtet die Tatsache, daß sich zeitgleich Delegationen rumänischer sowie bulgarischer Regierungsvertreter in Berlin aufhielten²⁶. Es ging der nationalsozialistischen Außenpolitik um den gesamten Donaauraum, nicht um die Slowakei allein²⁷.

Folgerichtig begnügte man sich in Berlin nicht mit dem Ausbau der deutschen Gesandtschaft in Bratislava²⁸, sondern entsandte Berater in nahezu alle Bereiche des slowakischen öffentlichen Lebens. Ihre Aufgabe sah man in der „Steuerung aller Vorgänge des slowakischen staatlichen, politischen und völkischen Lebens im Reichs-

²¹ Dress: Neuordnung 138f. – Zu den deutsch-slowakischen Gesprächen im Sommer 1940 über die Einbeziehung der Slowakei in die Zoll- und Währungsunion siehe ADAP, D, X, 246 und 320.

²² Das heißt, man wollte den auf Selbständigkeit orientierten Dr. Ferdinand D'určanský durch die Spitzen des prodeutschen, faschistophilen Lagers ersetzen: Professor Dr. Vojtech Tuka, der Gründer einer slowakischen Parallele der italienischen Fasci di Combattimento und der SA, sollte Außenminister, Alexander (Šaňo) Mach Innenminister werden. Kaiser: Politik 337ff.

²³ Zur Frage des Ressortegoismus des AA in diesem Zusammenhang siehe ADAP, D, X, 143.

²⁴ ADAP, D, X, 205. – Siehe auch Dress: Neuordnung 137f. und Lipták: Salzburg 358f.

²⁵ Zu den deutsch-slowakischen Gesprächen in Salzburg siehe Lipták: Salzburg 361 sowie Dress: Neuordnung 139f. und Jelinek: Republic 42.

²⁶ Lipták: Salzburg 360.

²⁷ Als Indiz für die Richtigkeit dieser Einschätzung läßt sich auch Hitlers Rede vor der slowakischen Delegation in Salzburg anführen, in der er sein politisches und ökonomisches Konzept von Mitteleuropa darlegte und die Slowaken darauf hinwies, daß er politische Stabilität in diesem Raum brauche. ADAP, D, X, 248.

²⁸ Kaiser: Politik 356f.

interesse“²⁹. Auch der deutsche Gesandte³⁰ selbst fungierte als Berater; er war dem neuen slowakischen Außenminister Dr. Vojtech Tuka zugeordnet³¹. Tuka honorierte seine „Beförderung“ von Salzburg dadurch, daß er bei allen, auch unbedeutenden Entscheidungen mittels der Gesandtschaft beim Reichsaußenminister nachzufragen pflegte und erst nach der entsprechenden Antwort handelte³².

Zusammenfassend gesagt bedeuteten die Ereignisse, die als Diktat von Salzburg beschrieben wurden, den Versuch, im ‚Schutzstaat‘ nationalsozialistische Systemelemente einzuführen, nicht jedoch die bilateralen Beziehungen ihrem Charakter nach zu verändern, denn die reichsdeutsche Außenpolitik hatte bei ihrem Agieren in der Slowakei stets den gesamten südosteuropäischen Raum vor Augen: Sie wollte ihren Anspruch auf Hegemonie in diesem Teil der Welt bekräftigen. Um ihre Position zu sichern, forderte sie die Angleichung der politischen Systeme, sah jedoch von der Einbeziehung in eine Zoll- und Währungsunion ab. Im Verlauf des Krieges ließen sich allerdings so weitgehende Eingriffe in die innere Struktur einzelner Länder kaum noch realisieren. In der Slowakei wurde daher die Verfolgung der Juden – aus der Sicht des Reiches – zum „Rudiment des Gleichschaltungsprozesses“³³, darüber hinaus ließ sich die slowakische Beteiligung am Holocaust propagandistisch nutzen.

Die slowakische Beteiligung am Holocaust

Judenfeindliches Denken und Handeln wurde in der Slowakei nicht erst als „Import“ aus dem Deutschen Reich eingeführt, sondern hatte eigene, ältere Wurzeln³⁴. Der autochthone Antisemitismus war jedoch nicht rassistisch, sondern wirtschaftlich und religiös motiviert³⁵. Gleichwohl bildete er die Grundlage für die Kollaboration nicht nur in der Slowakei, sondern auch in anderen südosteuropäischen Ländern³⁶.

²⁹ Zitiert nach Kaiser: Politik 358.

³⁰ Hans Bernard wurde nach dem Salzburger Diktat durch den SA-Gruppenführer Manfred Freiherr von Killinger abgelöst; dessen Nachfolger war seit Januar 1941 Hans Ludin. Kaiser: Politik 356 und 473.

³¹ Lipták: Salzburg 361.

³² Schmid spricht deshalb von einem faktischen Weisungsverhältnis. Schmid: Republik 510.

³³ Kaiser: Politik 566.

³⁴ Siehe dazu Gogolák, Ludwig von: Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes. 3 Bde., Bd. 3: Zwischen zwei Revolutionen (1848–1918). München 1972, 97, 103 und 130f.

³⁵ Kaiser: Politik 178f. Zur Abgrenzung des „traditionellen“ Antisemitismus zu der rassistisch motivierten Variante auch Jelinek, Yeshayahu A.: The Vatican, the Catholic Church, the Catholics, and the Persecution of the Jews during World War II: The Case of Slovakia. In: Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945. Hrsg. von Bela Vago und George L. Mosse. Jerusalem 1974, 221–255, hier 223 und Kamenec, Ivan: Snem Slovenskej republiky a jeho postoj k problému židovského obyvateľ'stva na Slovensku v rokoch 1939–1945 [Das Parlament der Slowakischen Republik und seine Haltung zum Problem der jüdischen Einwohner in der Slowakei in den Jahren 1939–1945]. Historický Časopis 17 (1969) 329–360, hier 330.

³⁶ Zum Antisemitismus und seinen Auswirkungen in Ungarn siehe Wippermann, Wolfgang: Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982). Frankfurt/M. 1983, 91f. und Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Ent-

„Kaum ein anderer nationalsozialistischer Impuls stieß [...] in den genannten Ländern auf so wenig Gegenwehr und fand so zahlreiche bereitwillige Helfer wie der Antisemitismus.“³⁷

Die antijüdischen Maßnahmen im ‚autonomen Land Slowakei‘ (seit der Föderalisierung der Tschechoslowakei im November 1938) und später dann im Slowakischen Staat zeigten entsprechend vor allem eine wirtschaftliche und religiöse Zielsetzung. Dazu gehörte die Einführung eines Numerus Clausus im Erziehungswesen³⁸, die Beschränkung von Juden in vielen freien Berufen³⁹, ihr Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst und der Armee sowie die Einführung eines Arbeitsdienstes mit Strafcharakter für jüdische Rekruten und schließlich die Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte der slowakischen Judenschaft⁴⁰. Festgelegt wurde auch, wer als Jude zu gelten hatte; die Kriterien waren jedoch noch eindeutig konfessionell bestimmt⁴¹. Allerdings sind auch Ghettoisierung⁴² und Abschiebung⁴³ schon in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre keine unbekanntenen Forderungen.

wicklung der Faschismen. München 1966, 177f. – Zu Rumänien siehe Wippermann: Faschismus 97f. und Nolte: Bewegungen 100 und 177, sowie zu Kroatien Wippermann: Faschismus 107 und Nolte: Bewegungen 177.

³⁷ Diskussionsbeitrag Broszat zu Jong, Luis de: Zwischen Kollaboration und Résistance. In: Das Dritte Reich und Europa. Bericht über die Tagung des Institutes für Zeitgeschichte in Tutzing/Mai 1956. München 1957, 133–152, hier 171f. Deshalb konnte der Antisemitismus, nach dem Scheitern des Versuchs, die Slowakei ideologisch auf NS-Linie zu bringen, zum „... wichtigsten – freilich rein negativ bleibenden – ideologischen Integrationsfaktor ...“ werden. Hoensch: Weg 233.

³⁸ Bodensieck, Heinrich: Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 249–261, hier 252. – Lipscher, Ladislav: The Jews of Slovakia 1939–1945. In: The Jews of Czechoslovakia. Historical Studies and Surveys. 3 Bde., Bd. 3, hrsg. von Avigdor Dagan u. a. Philadelphia-New York 1984, 165–261, hier 176. – Mit dem Gesamtkomplex der Politik des Slowakischen Staates gegenüber seiner jüdischen Bevölkerung befaßt sich außerdem sehr gründlich Kamenec, Ivan: Po stopách tragédie [Auf den Spuren der Tragödie]. Bratislava 1991 sowie der Sammelband Tragédia slovenských židov. Materiály z medzinárodného sympoziá Banská Bystrica 25.–27. marca 1992 [Die Tragödie der slowakischen Juden. Materialien des internationalen Symposiums in Neusohl 25.–27. März 1992]. Banská Bystrica 1992.

³⁹ Zu den Restriktionen gegenüber Juristen, Ärzten, Zeitungsherausgebern Lipscher: Jews 166.

⁴⁰ Kaiser: Politik 179.

⁴¹ Broszat: Verhältnis 226 und Kaiser: Politik 179. Ausführlich zu den Definitionen Lipscher: Jews 165f. Grundsätzlich dazu außerdem auch Dress: Neuordnung 144, Fauck, S.: Das deutsch-slowakische Verhältnis und seine Rückwirkung auf die slowakische Judenpolitik. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. II. Stuttgart 1966, 61–73, hier 61 und Kamenec: Snem 333.

⁴² So ein Artikel im „Slovák“ vom 10. 2. 1939: „Cirkev vždy urgovala, aby židia a kresťania nebyvali spolu, aby každé mesto muselo mať svoje getto, aby museli židia nosiť ozačenie [...] Cirkev je za odstránenie židov.“ [A. i. O., T. T.; Die Kirche hat immer darauf gedrungen, daß Juden und Christen nicht zusammen wohnen, daß jede Stadt ihr eigenes Ghetto haben muß, daß die Juden ein Kennzeichen tragen müssen ... Die Kirche ist für das Fortschaffen der Juden.]. Zitiert nach Stanek, I.: Vatikán, spojenec ľudáctva a tzv. sloveského štátu [Der Vatikan, ein Verbündeter der Ludaken und des sog. Slowakischen Staates]. Československý časopis historický 3 (1955) 82–110, hier 99.

⁴³ Nach dem Abschluß des Bündnisvertrages zwischen der ČSR und der Sowjetunion 1935 schlug Sidor im Prager Parlament vor, alle Juden aus der Slowakei und aus Ruthenien nach

Deutsch-slowakische Kontakte gehen in diesem Kontext ebenfalls schon bis in den Herbst 1938 zurück. Anlässlich eines Gesprächs mit Göring im Oktober 1938 sagte D'určanský ihm zu, die sogenannte ‚Judenfrage‘ werde „ähnlich wie in Deutschland gelöst“⁴⁴ werden. Unterredungen fanden außerdem auch zwischen D'určanský, Alexander Mach, Franz Karmasin, dem Führer der karpatendeutschen Minderheit, und Adolf Eichmann statt⁴⁵.

Alle diese Kontakte hatten jedoch nur unzureichende Maßnahmen – im Sinne der Reichsregierung – zur Lösung des behaupteten ‚Judenproblems‘ gezeitigt. Deshalb war der erste Berater, der nach dem Salzburger Diktat schon im August 1940 in Bratislava eintraf, der SS-Hauptsturmbannführer Dieter Wisliceny, für die ‚Judenfrage‘ zuständig. Unter seiner Ägide verschärfte sich die Situation für die slowakischen Juden empfindlich. So wurde zum Beispiel das Ermächtigungsgesetz Nr. 210 vom 11. September 1940 in Kraft gesetzt, das der slowakischen Regierung die Möglichkeit gab, die Juden auf dem Verordnungsweg (das heißt ohne Einschaltung des Parlaments) aus allen politischen und sozialen Bereichen hinauszudrängen und ihr Vermögen zu arisieren⁴⁶. Auch die institutionelle Seite der antijüdischen Maßnahmen wurde reorganisiert: Auf der Seite der Regierung wurden die antijüdischen Einrichtungen im Zentralwirtschaftsamt, dem *Ústredný hospodarský úrad*, zusammengefaßt, seit 1941 die Abteilung 14 des Innenministeriums⁴⁷. Dem gegenüber stand auf jüdischer Seite die sogenannte Judenzentrale, *Ústredňa Židov*, die im September 1940 auf Vorschlag von Wisliceny eingerichtet wurde. Als Zwangskörperschaft der slowakischen Judenschaft mußte sie den Staatsbehörden bei deren Diskriminierung und späteren Ermordung der slowakischen Juden zur Hand gehen⁴⁸.

Birobidschan umzusiedeln. Rothkirchen, Livia: Vatican Policy and the „Jewish Problem“ in „Independent“ Slovakia (1939–1945). *Yad-Vashelem Studies* 6 (1966) 27–53, hier 30 und Lipscher, Ladislav: Die Juden im Slowakischen Staat 1939–1945. München-Wien 1980, 15.

⁴⁴ ADAP, D, IV, 68. Allerdings gehörte zu den deutschen Anklagepunkten 1940 in Salzburg auch der Vorwurf an D'určanský, daß hinter ihm jüdischer und freimaurerischer Einfluß stehe und er die „Judenfrage“ in keiner Weise der Lösung nähergebrachte habe. Broszat: Verhältnis 227f. und Dress: Neuordnung 138. Dies ist eigentlich der Vorwurf mangelnder Loyalität an einen Mann, auf den das Reich seine Hoffnung wegen seines Verhaltens vor dem 14. 3. 1939 in besonderer Weise gesetzt hatte.

⁴⁵ Kaiser: Politik 16f., siehe auch Hoensch: Ostpolitik 136f.

⁴⁶ Kaiser: Politik 403f., siehe auch Lipscher: Jews 174 und Broszat: Verhältnis 228. – Zur Arisierung, die bereits vor dem September 1940 praktiziert wurde, Lipscher: Jews 166ff. und Fauck: Verhältnis 63.

⁴⁷ Lipscher: Jews 174f.

⁴⁸ Kaiser: Politik 413f., siehe auch Lipscher: Jews 175 und 185f. sowie Fauck: Verhältnis 63f., Reitlinger, Gerald: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. Berlin 1979⁵, 438. – Sehr ausführlich zu Personen, Organisationsstruktur und Arbeitsbereichen der Judenzentrale Neumann, Jirnejahu Oscar: Im Schatten des Todes: Ein Tatsachenbericht vom Schicksalskampf des slowakischen Judentums. Tel Aviv 1956, 38–47. – Zur Vorbildfunktion des Rates der jüdischen Kultusgemeinde in Prag für ähnliche Einrichtungen, besonders auch in polnischen und russischen Städten, Reitlinger: Endlösung 26ff.

Der „Judenberater“ Wisliceny unterstützte zunächst all jene Maßnahmen, die vom autochthonen slowakischen Antisemitismus getragen wurden. Nach dem Ausschöpfen dieses Potentials begann er, eine rassistisch motivierte Judenpolitik durchzusetzen. Den Auftakt dazu bildete im September 1941 die Verabschiedung des sogenannten Judenkodex⁴⁹. Dieses Gesetzeswerk diente nicht nur der Zusammenfassung und Systematisierung der vielen verschiedenen antijüdischen Erlasse, sondern mit der Einführung der Zwangsarbeit⁵⁰ und der Möglichkeit zur willkürlichen Umsiedlung⁵¹ schuf es auch die Voraussetzungen für die im März 1942 beginnenden Deportationen. Ihnen fielen bis zum Oktober desselben Jahres etwa 58 000 Menschen zum Opfer⁵².

Nach und nach regte sich von verschiedenen Seiten Widerstand gegen die Deportationen⁵³, so daß es im Herbst 1942 zu einem vorläufigen Ende der Transporte kam. Die

⁴⁹ Kaiser: Politik 569f. – Aus der umfangreichen Literatur zum Kodex auch Lipscher: Jews 181f., Jelinek: Republic 74f., Dress: Neuordnung 144f. und Reitlinger: Endlösung 439. – Zu dem Einfluß Wislicenys auf die Verabschiedung des Kodex Kamenec: Snem 348f.

⁵⁰ Lipscher: Jews 186ff., auch Fauck, S.: Jüdischer Arbeitsdienst in der Slowakei 1939–1941. In: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. II. Stuttgart 1966, 59f. – Zu der Errichtung von Arbeitslagern, besonders in Sered' und Nováky, Kaiser: Politik 575 sowie Neumann: Schatten 83–86 und 121–125, außerdem Reitlinger: Endlösung 439f.

⁵¹ Lipscher: Jews 184, siehe auch Broszat: Verhältnis 277 und Neumann: Schatten 77f.

⁵² Kárný, Miroslav: Die tschechoslowakischen Opfer der deutschen Okkupation. In: Der Weg in die Katastrophe 151–160, hier 154. Die Gesamtzahl der jüdischen Opfer referiert Kárný mit 65 000 bis 70 000 (Kárný 152f.). Zu den einzelnen Transporten auch Lipscher: Jews 193, Neumann: Schatten 95ff., Kaiser: Politik 579, Fauck: Verhältnis 65f. und Reitlinger: Endlösung 121, 175 und 440f.

⁵³ Zu den Vertretern des Regierungslagers, die sich zumindest um eine Abschwächung der antijüdischen Maßnahmen bemühten, gehörten der Bildungsminister Dr. Sivák, der Justizminister Dr. Fritz und der Finanzminister Dr. Pružinský. Aus Wirtschaftskreisen ist noch Dr. Karvaš, der Vorsitzende der Slowakischen Nationalbank, anzuführen. Lipscher: Jews 208ff. Zu den einzelnen slowakischen Persönlichkeiten, die projüdisch gesinnt waren, auch Neumann: Schatten 68ff., 109 und 135 sowie Jelinek: Church 231 und 241. Auch in der Bevölkerung waren die Deportationen nicht sehr populär, besonders seitdem slowakische Soldaten aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten schreckliche Berichte über das Schicksal der Juden mit in die Heimat brachten. Rothkirchen: Vatican 37. Zu den Protestierenden gehörten auch die Kirchen und der Vatikan. Zu der Haltung der Kirchen in der Slowakei Lipscher: Jews 211f. und 217, siehe auch Conway, John S.: The Churches, the Slovak State and the Jews 1939–1945. The Slavonic and East European Review 52 (1974) 85–112, hier 99 und 105, – Rothkirchen: Vatican 44. – Jelinek: Church 239f. – Kaiser: Politik 576f. – Zum Vatikan siehe Vatikán a Slovenská republika (1939–1945), Dokumenty [Der Vatikan und die Slowakische Republik (1939–1945), Dokumente]. Hrsg. von Ivan Kamenec, Vilém Prečan, Stanislav Škovránek. Bratislava 1992, Dok. Nr. 50, Dok. Nr. 54, Dok. Nr. 63 (jeweils von 1942), Dok. Nr. 88, Dok. Nr. 92 (jeweils von 1943) sowie Dok. Nr. 126 und Dok. Nr. 142 (nach dem SNP). Allerdings ließ der Vatikan keine Mittel des kanonischen Rechts zur Anwendung kommen, wie zum Beispiel das Interdikt. Jelinek: Church 227, siehe auch Kaiser: Politik 576. Auch darf man nicht außer acht lassen, daß die sich vermehrenden Proteste zeitlich mit Himmlers Absicht zusammenfielen, aus dem temporären Aufschub der Deportationen finanziellen Gewinn zu ziehen: Der Verkauf von Emigrationserlaubnissen an reiche slowakische Juden sollte dem Aufbau einer SS-Division in Ungarn dienen, Reitlinger: Endlösung 443ff. Außerdem Lipscher: Jews 213

erneute Jagd auf die Juden nach dem Slowakischen Nationalaufstand (SNP) zwei Jahre später lag nicht mehr in slowakischer, sondern in deutscher Verantwortlichkeit.

Die Reichsregierung war durchaus zufrieden mit ihrem ‚Schutzstaat‘ und dessen Präsidenten, dem Geistlichen Tiso. Man denke nur an die Äußerung Hitlers: „Es ist interessant, wie so ein katholisches Priesterchen – Tiso – uns die Juden zuschickt!“⁵⁴ Schließlich war der politische Nutzen, der dem Reich durch die Beteiligung der Verbündeten – und damit auch der Slowaken – am Holocaust erwuchs, bedeutend: Durch ihr Mittun an der Ermordung der Juden wurden diese an das Reich gebunden, so daß ihnen das Ausscheren aus der gemeinsamen Front unmöglich wurde⁵⁵. Dieses Ziel hatte das Auswärtige Amt schon im Vorfeld der Wannsee-Konferenz vor Augen, als es die Absicht äußerte, im Namen der Reichsregierung gegenüber den Regierungen der Slowakei, Rumäniens, Kroatiens, Bulgariens und Ungarns ihre Bereitwilligkeit erklären zu lassen, „die in diesen Ländern lebenden Juden ebenfalls nach dem Osten abzuschieben“⁵⁶.

Neben dem politischen Nutzen muß man aber gerade im Fall der Slowakei auch wieder die propagandistische Seite im Auge behalten. Denn wie konnten ‚Umsiedlungen‘ von Juden unmenschlich sein, wenn sich ein Staat wie die Slowakei, an deren Spitze ein katholischer Priester stand, daran beteiligte?

Im Zusammenhang mit dem Ende der Deportationen stellt Jelinek die Frage, ob angesichts von mindestens 60 000 deportierten slowakischen Juden nicht ein für die deutschen Stellen zufriedenstellendes Maß erreicht gewesen sei, man also von ‚Planerfüllung‘ sprechen könne⁵⁷. Tatsächlich ist genau dies die traurige Wahrheit: Die Slowaken realisierten die deutschen Mordvorhaben auch in ihrem Land und gaben so der Reichsregierung die Möglichkeit, daraus politisch und propagandistisch Kapital zu schlagen.

2. Die militärische Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich

Als militärischer Bündnisgenosse nahm die Slowakei auf deutscher Seite am Feldzug gegen Polen⁵⁸ und am Überfall auf die Sowjetunion⁵⁹ teil. Besonders im zweiten

und Fauck: Verhältnis 67f. Fauck weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß solche Verkäufe zuvor schon in den Niederlanden angewandt worden waren und später noch einmal in Ungarn zum Tragen kamen.

⁵⁴ Zitiert nach Adolf Hitler: Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnung Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980, 377. Die Übersetzung des Zitates (einschließlich ... „für die Etappe ist das wunderbar!“, aber ohne Auslassungszeichen) ins Slowakische bei Škovráněk: Slovensko v nacistickom ovládaní 26 entstellt den Sinn, denn die „Etappe“ bezieht sich nicht auf einen Zeitabschnitt. Hitler spricht hier von den Befindlichkeiten an der Front und im Hinterland.

⁵⁵ Kaiser: Politik 568.

⁵⁶ Reitlinger: Endlösung 110.

⁵⁷ Jelinek: Church 237.

⁵⁸ Kaiser: Politik 117f. sowie Lipták, L'ubomír: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny. In: Slovenské dejiny [Die Slowakei in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. In: Slowakische Geschichte]. Hrsg. von Richard Marsina, Viliam Čičaj, Dušan Kováč und L'ubomír Lipták. Martin 1992, 243f. – Zur Beteiligung karpatendeutscher Ein-

Fall wird deutlich, was grundsätzlich galt: Slowakische Politiker sahen in ihrer Beteiligung an den militärischen Aktionen des Reiches die Voraussetzung für die Rückgliederung der ehemaligen slowakischen Südgebiete, die 1938 im I. Wiener Schiedsspruch⁶⁰ an Ungarn gefallen waren⁶¹. Entsprechende Hoffnungen, bei der Neugestaltung Europas nach dem endgültigen deutschen Sieg berücksichtigt zu werden, hegten auch andere Bündnispartner des Reiches⁶². Logischerweise wollten sie alle – und so auch die Slowaken – deshalb zu Beginn des Rußlandfeldzuges möglichst große Kontingente schicken, um sich gute Verhandlungsbedingungen für die Friedensneuordnung zu erkämpfen – im wahrsten Sinne des Wortes. Das OKW dagegen wollte die Beteiligung der verbündeten Truppen zunächst möglichst geringhalten, um sich nicht „vorzeitig“ die Hände zu binden. Erst im Verlauf des Krieges, und besonders seit Stalingrad, forderte es von seinen Verbündeten mehr und mehr Unterstützung. In den jeweiligen Ländern war jedoch die Neigung dazu in Anbetracht des immer unwahrscheinlicher werdenden deutschen Sieges rapide gesunken⁶³.

Die Slowakei beteiligte sich am Überfall auf die Sowjetunion mit zwei Divisionen: Die Sicherungsdivision war mit Kommunikationsaufgaben in der Ukraine und in Weißrußland betraut, die schnelle Division rückte zusammen mit den deutschen Truppen bis zum Kaukasus vor. Dennoch war der militärische Nutzen der slowakischen Streitkräfte für das Reich eher gering: Sie wiesen die höchsten Desertionsraten aller auf deutscher Seite kämpfenden Truppen auf. Die schnelle Division war seit

heiten, den „Freiwilligen Schutzstaffeln“ (FS), am Polenfeldzug Dress: Neuordnung 78f.

⁵⁹ Die Entscheidung dazu fiel im kleinsten Kreis um Tiso, Tuka und den Verteidigungsminister Čatloš unter Ausschluß des Parlamentes und der Regierung. Kaiser: Politik 544.

⁶⁰ ADAP, D, IV, 99–III. Der Wiener Schiedsspruch bedeutete für die Slowakei den Verlust von 10423 km² mit einer Gesamtbevölkerung von 859858 Einwohnern (276287 Slowaken, 505808 Ungarn, 26181 Juden, 8967 Deutschen und 1829 Ruthenen). Hoensch: Ostpolitik 123. Ähnliche Zahlen (0,85 Millionen) nennt auch Radice, E. A./Kaser, M. C.: The Economic History of Eastern Europe 1919–1975. 4 Bde., Bd. 2: Interwar Policy, the War and Reconstruction. Oxford 1986, 309. Der Umfang des abgetretenen Gebietes belief sich auf 21,26 Prozent der Gesamtfläche des Landes mit einem Viertel der Gesamtbevölkerung. D'urica: Beziehungen 9. Zum Nutzen des abgetretenen Gebietes, bei dem es sich überwiegend um fruchtbares Ackerland handelte, für Ungarn Hoensch: Revisionismus 191f. Ausführlich beschäftigt sich mit diesem Gebiet Vietor, Martin: Dejiny okupácie južného Slovenska 1939–1945 [Die Geschichte der Okkupation der Südslowakei 1938–1945]. Bratislava 1968.

⁶¹ Kamenec: Slovenský štát 45, siehe auch Strelko, Amon: Vnútropolitický vývoj ľudského tábora v rokoch 1941–1942 [Die innenpolitische Entwicklung des ludakischen Lagers in den Jahren 1941–1942]. Historický časopis 37 (1989) 367–384, hier 368f.

⁶² In ähnlicher Weise war auch für Rumänien und Ungarn ihr jeweiliger Truppeneinsatz an der Haltung gegenüber dem jeweils anderen Staat orientiert. Broszat, Martin: Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941. Historische Zeitschrift 206 (1968) 45–96 hier 95f., siehe auch Hillgruber, Andreas: Der Einbau der verbündeten Armeen in die deutsche Ostfront 1941–1944. Wehrwissenschaftliche Rundschau 10 (1960) 659–682, hier 670f. Bei Hillgruber auch der Hinweis, daß ungarische und rumänische Truppen durch deutsche oder italienische Kräfte getrennt werden mußten. Hillgruber: Armeen 667f.

⁶³ Kaiser: Politik 545–550. Konkret zu dem slowakischen Fall siehe Hoensch: Weg 231f.

Oktober 1943 nicht mehr einsatzfähig, nachdem fast 3 000 Offiziere und Soldaten in organisierter Weise auf sowjetische Seite übergetreten waren. Etwa zur gleichen Zeit wurde die Sicherungsddivision als Baubrigade nach Italien verlegt; sie war aufgrund anhaltender Übertritte zu den Partisanen zu einem Unsicherheitsfaktor für die Wehrmacht geworden⁶⁴.

War der militärische Beitrag des Slowakischen Staates für die Feldzüge des Reiches bestenfalls zweitrangig, so war der propagandistische Nutzen um so größer. Ähnlich wie im Fall der Deportation und Ermordung der Juden ließen sich auch die deutschen Militäraktionen in ein harmloseres Licht stellen, wenn man darauf verweisen konnte, daß ein Staat mit einem katholischen Priester an der Spitze sich beteiligte. Möglicherweise noch wichtiger war die Tatsache, daß es sich bei den Slowaken um eine slawische Nation handelte. Dadurch erhielt die reichsdeutsche Propaganda die Möglichkeit, die rassistischen Ziele des Krieges zu verschleiern. Die Beteiligung eines Staates mit slawischer Bevölkerung sollte „beweisen“, daß dieser Krieg nicht ‚antislawisch‘, sondern ‚antibolschewistisch‘ ausgerichtet war⁶⁵.

In den bisher geschilderten Bereichen brachte der Slowakische Staat dem Deutschen Reich politischen oder auch militärischen Nutzen, besonders wichtig war jedoch stets auch die propagandistische Komponente. Das Bild wäre jedoch ohne einen Blick auf die schonungslose Ausbeutung der slowakischen Volkswirtschaft und die damit verbundenen ganz praktischen Vorteile für das Reich unvollständig. Um diesen Komplex soll es im folgenden gehen.

3. Die ökonomische Bedeutung der Slowakei für das Deutsche Reich

Die Voraussetzungen

Die Slowakei war in den dreißiger und vierziger Jahren ein überwiegend agrarisch orientiertes Land⁶⁶. Daher sollte sie nach reichsdeutschen Vorstellungen, im Rahmen des sogenannten Großraum-Konzeptes⁶⁷, landwirtschaftliche Produkte liefern⁶⁸, im

⁶⁴ Lipták: Dejiny 244. – Zur slowakischen Beteiligung grundsätzlich auch Hillgruber: Armeen 667, 669 und 678, wo allerdings die Behauptung, daß „die gesamte slowakische Armee im eigenen Lande zu den Partisanen [überlief], als am 29. 8. 1944 in der mittleren Slowakei ein von den Sowjets in die Wege geleiteter Aufstand ausbrach“ als übertrieben und sachlich nicht ganz richtig zurückgewiesen werden muß. Zu den Gründen für die hohe Desertionsrate zählten: Kriegsunwilligkeit in der Bevölkerung schon bei Ausbruch der Kämpfe, unzulängliche Ausrüstung, das Entsetzen über die nationalsozialistische Besatzungspraxis sowie die tschechoslowakische oder panslawistische Gesinnung in großen Teilen des slowakischen Offizierskorps. Kaiser: Politik 553f.

⁶⁵ Škovráněk: Slovensko v nacistickom ovladaní 25f. – Auf die Bedeutung der Slowaken als Slawen für die Vorstellung eines nationalsozialistischen ‚Commonwealths‘ verweist Jelinenek, Yeshayahu A.: Bohemia-Moravia, Slovakia, and the Third Reich during the Second World War. In: East European Quarterly 3 (1969) 229–239, hier 234.

⁶⁶ Kaiser: Politik 192.

⁶⁷ Das Großraum-Konzept spiegelt in seinen Entstehungszusammenhängen die in Deutschland zu Anfang des Jahrhunderts weitverbreitete Vorstellung wider, daß es für einen Staat von Nachteil sei, nicht bzw. nur in geringem Maße über Kolonien zu verfügen. Der Großraum sollte anstelle der Kolonien in Übersee die Versorgung mit Rohstoffen und landwirtschaft-

übrigen aber die Rolle eines industriell unterentwickelten Produzenten von Komplementärgütern spielen⁶⁹.

Während man in Berlin zunächst kein klares Konzept hatte, wie man mit der Slowakei im politischen Sinne verfahren sollte, war die Ausbeutung ihres volkswirtschaftlichen Potentials von Anfang an eine beschlossene Sache. Den Auftakt bildete die Unterzeichnung des „Vertraulichen Protokolls über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakei“⁷⁰ im März 1939. Das Protokoll schrieb die Ausbeutung und Verwertung der slowakischen Bodenschätze sowie der Produkte der Land- und Forstwirtschaft fest. Außerdem wurden dadurch die Industrie sowie das Finanz-, Verkehrs- und Transportwesen deutscher Kontrolle unterstellt. Wie wichtig der Reichsführung diese Eingriffsmöglichkeiten waren, läßt sich im übrigen daraus erkennen, daß der Reichsaußenminister von Ribbentrop den Schutzvertrag ohne dieses Zusatzdokument nicht unterschrieben hätte⁷¹.

Bereits Anfang April 1939 wurden spezielle Ausschüsse auf Regierungsebene als wirtschaftspolitisches Lenkungsinstrument eingerichtet⁷². Zusätzlich wurde als Handelsattaché und Berater für Wirtschafts- und Finanzfragen, Dr. Erich Gebert, vom Reich entsandt, der verlangte, auf alle wichtigen Entscheidungen Einfluß nehmen zu können⁷³. Als nächste Etappe folgte dann im Januar 1940 die Verabschiedung des Wehrwirtschaftsvertrages (WWV). Dadurch wurde die Entsendung von Wehrwirtschaftsoffizieren und ‚Einzelbeauftragten‘ möglich, die die Produktion der ihnen unterstellten Betriebe im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft beeinflussen konnten. Somit stellte der WWV eine Form der quasilegalen Aneignung kriegswirtschaftlich bedeutsamen Potentials in einem abhängigen Staat dar⁷⁴.

Seit dem Zusammenbruch der deutschen ‚Blitzkriegsstrategie‘ im Winter 1941 und besonders seit dem Debakel von Stalingrad wurde die Totalisierung des Krieges von einer umfassenden Militarisierung der Wirtschaft begleitet. Diese Entwicklung machte auch vor der Slowakei nicht halt: In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurde zunächst der Wehrwirtschaftsoffizier durch die Deutsche Industriekommission

lichen Produkten gewährleisten. Tatsächlich verbarg sich dahinter „no more than a system of economic links between the imperial power and individual satellites“. Radice: Economic History 300 und 303.

⁶⁸ Kaiser: Politik 374.

⁶⁹ E b e n d a 381 f. und 204 – Hornová, Adela: Exploátacia Slovenska hitlerovským Nemekom za druhej svetovej vojny. In: Nemecká otázka a Československo (1938–1961) [Die Ausbeutung der Slowakei durch Hitlerdeutschland während des Zweiten Weltkrieges. In: Die deutsche Frage und die Tschechoslowakei (1938–1961)]. Hrsg. von L’udovít Holotík u. a. Bratislava 1962, 98–111, hier 100.

⁷⁰ Hoensch: Dokumente, Dok. Nr. 59.

⁷¹ Hoensch: Ostpolitik 345.

⁷² Kaiser: Politik 198 – Hornová: Exploátacia 99.

⁷³ Dress: Neuordnung 68 f. – Hornová: Exploátacia 98 f.

⁷⁴ Allgemein zum WWV Kaiser: Politik 205 f. und 210–214, Dress: Neuordnung 97 und Kamenec: Slovenský štát 41. – Zu den langwierigen Verhandlungen und zum slowakischen Widerstand gegen den WWV außerdem Kaiser: Politik 206 ff. und Dress: Neuordnung 72 f.

(DIKO) abgelöst. Sie hatte die Aufgabe, „im Interesse der deutschen Rüstungs- und Kriegsproduktion“ die slowakische Industrie und ihre Fachkräfte „erschöpfend und planvoll auszunutzen“⁷⁵. Außerdem wurde der WWV formell erweitert: 26 Betriebe, darunter die größten des Landes, und über 40 000 Arbeiter waren beinahe ausschließlich im Dienst der deutschen Kriegswirtschaft tätig. Diese massive Einbeziehung der Slowakei führte 1942/43 zu einem ungewöhnlich heftigen Wirtschaftsboom im Lande – entgegen der NS-Propaganda keine Folge umfangreicher Industrialisierung, sondern Ausschöpfung aller Kapazitäten im Dienste ausschließlich der kriegsbedingten Produktion⁷⁶. Schließlich setzten einzig noch die finanzielle und energetische Belastbarkeit der Slowakei ihrer Heranziehung für die Zwecke des Reiches Grenzen⁷⁷.

Neben den verschiedenen staatlichen Institutionen spielte auch der privatwirtschaftliche Sektor eine nicht unbedeutende Rolle bei der Realisierung der Ausbeutung der slowakischen Volkswirtschaft. Besondere Bedeutung kam Banken und Großkonzernen zu. Die Einrichtung des Protektorates ermöglichte reichsdeutschen Kreditinstituten die Übernahme tschechischer bzw. tschechoslowakischer Banken. Da in den Händen dieser Institutionen nicht nur weitgehend die Kontrolle über das slowakische Bankwesen, sondern auch über die slowakische Industrie gelegen hatte, verschafften Anteilsübernahmen den neuen Eignern aus dem Reich auch die Kontrolle⁷⁸. Unter den in der Slowakei tätigen deutschen Geldinstituten hatte die Deutsche Golddiskontbank die Schlüsselposition inne⁷⁹. Ebenfalls aktiv waren auch die Deutsche Bank mit der Union Bank als Filiale in Bratislava und die Dresdner Bank⁸⁰.

Die einer Monopolstellung gleichkommende Macht deutscher Banken in der Slowakei ermöglichte eine umfangreiche Kapitalexpansion seitens der Großkonzerne des Reiches besonders im schwerindustriellen Bereich. Diese Praxis begründete die beherrschende Position der Hermann-Göring-Werke (HGW) in diesem Industrie-

⁷⁵ Zitiert nach Kaiser: Politik 504.

⁷⁶ Kaiser: Politik 511 ff. – Bereits im Herbst 1940 hatte die Slowakei einen Aufschwung zu verzeichnen, der ebenfalls im Zusammenhang mit den Lieferungen, speziell von Kriegsmaterial, zu sehen ist. Heumos, Peter: Slovensko vo vojnovom hospodárstve Tretej Ríše. In: Slovensko v rokoch druhej svetovej vojny 70 ff., hier 70. – Zu den Steigerungsraten des Exportvolumens der Wehrwirtschaftsbetriebe siehe Kaiser: Politik 501 f. Hier findet sich auch der Hinweis, daß der Anteil des WWV-Exportes am gesamten slowakischen Export ursprünglich nur 5,5 Prozent betrug, 1944 jedoch ein Drittel ausmachte.

⁷⁷ Kaiser: Politik 502 f., siehe auch Dress: Neuordnung 104 und Stanek: Vatikán 109. Je nachdem, ob die bei Kaiser oder bei Dress genannten Zahlen zugrunde gelegt werden, ergibt sich, daß zwischen 23 und 31 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der Slowakei für die deutsche Kriegsmaschinerie tätig waren. – Zu den seit den Bombardierungen von Industrieanlagen im Reich verstärkt genutzten Möglichkeiten (durch den WWV), deutsches Kapital in der Slowakei einzusetzen, zum Beispiel bei den Eisenwerken in Podbrezová (bei Brezno, Briesen) oder bei den Waffen- und Munitionsfabriken in Dubnica (Dubnitz an der Waag) und Považská Bystrica (Waagbistritz). Lipták: Dejiny 250.

⁷⁸ Radice: Economic History 339.

⁷⁹ Diese Bank war zum Beispiel bei der Umwandlung von ehemals tschechoslowakischen Aktien von Gesellschaften mit Sitz in der Slowakei in nunmehr slowakische Aktien federführend. Von Bedeutung war außerdem ihre Beteiligung am Zahlungsverkehr des Reiches mit der Slowakei. Hornová: Exploatacia 100 ff.

⁸⁰ Ebeňda 102 f., siehe auch Dress: Neuordnung 88 f.

zweig⁸¹. Was die HGW für die Schwerindustrie, bedeutete die IG Farben AG (IGF) für die chemische Industrie⁸². Die Slowakei spielte in den Plänen des Chemiekonzerns eine doppelte Rolle: Ihre Ressourcen sollten ausgebeutet werden. Darüber hinaus sollte von hier die Erschließung ganz Südosteuropas erfolgen⁸³.

Insgesamt war die slowakische Wirtschaft in beträchtlichem Umfang in das Deutsche Reich integriert, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie die des Protektorates⁸⁴. Diese Tatsache läßt sich zum Beispiel am Anteil des deutschen Kapitals an slowakischen Aktiengesellschaften ablesen. Befanden sich 1938 nur vier Prozent aller slowakischen Aktien in deutscher Hand, so waren es 1942 51,6 Prozent. Der slowakische Anteil stieg im Vergleichszeitraum von 11,4 auf 18,2 Prozent. Während die Investitionen deutscher Unternehmen schwerpunktmäßig in Gesellschaften mit mehr als 20 Millionen Kronen Aktienkapital im Bereich von Bergbau und Hüttenwesen sowie Metall- und Chemieindustrie flossen, konzentrierten sich die slowakischen Aktivitäten auf kleine und mittlere Betriebe besonders der Leichtindustrie⁸⁵.

Die geschäftliche Tätigkeit deutscher Kartelle und die häufig pseudolegale Übernahme von Betrieben in der Slowakei, aber auch im gesamten Donauraum, führte zu einer Umwandlung von zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in firmeninterne⁸⁶. Transaktionen von nunmehr firmeninternem Charakter bedeuteten im Endeffekt internationale Wertverschiebungen in größtem Ausmaß⁸⁷.

Der slowakische Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft

Die Slowakei gehörte zwar zur Gruppe der Überschuß produzierenden Agrarstaaten in Südosteuropa, hatte jedoch durch die Arbitrage fruchtbare Gebiete in beträchtlichem Umfang an Ungarn verloren. Immerhin wurde Ende 1941 mit dem Reich ein Abkommen geschlossen, wonach vier Fünftel der slowakischen Überschußproduktion für den Export nach Deutschland vorgesehen waren⁸⁸. Von einer Militari-

⁸¹ Kaiser: Politik 2238–242, siehe auch Jelinek: Republic 120 und Hornová: Exploatacia 103f.

⁸² Kaiser: Politik 242ff., siehe auch Hornová: Exploatacia 104f. und Dress: Neuordnung 98ff.

⁸³ Im einzelnen dazu Radant, Hans: Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten [sic!] Weltkrieges. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, Teil I, 77–146, hier 84ff., 88f. und 91. – Zu den in der Slowakei tätigen Großkonzernen gehörten außerdem noch Reemtsma in der Holzwirtschaft sowie Mannesmann, Preussag (Kaiser: Politik 247) und die AEG, die mit der Organisation Todt zusammenarbeitete, Hornová: Exploatacia 106, siehe auch Dress: Neuordnung 96.

⁸⁴ Radice: Economic History 364.

⁸⁵ Dress: Neuordnung 103. – Laut Heumos stieg der Anteil deutschen Kapitals an slowakischen Aktien sogar von 0,2 Prozent 1939 auf 62 Prozent 1945, der slowakische Anteil dagegen nur von 15 auf 18 Prozent. Heumos: Slovensko 71. Lipták nennt dagegen für die Steigerung des deutschen Anteils die gleichen Werte wie Dress. Lipták: Dejiny 250.

⁸⁶ Kaiser: Politik 249.

⁸⁷ So zum Beispiel im Falle der slowakischen Apollo-Naphta AG, die durch die Konzernbank der IGF für rumänische Erdöllieferungen in die Slowakei durch eine IGF-Tochter „gekauft“ wurde. Radant: IG Farben 125f., siehe auch Hornová: Exploatacia 107.

⁸⁸ Allerdings war den Slowaken aufgrund der schlechten deutschen Zahlungsmoral grundsätz-

sierung der Landwirtschaft kann man jedoch nicht sprechen. Darauf deutet zum einen die unveränderte Struktur der Bauernhöfe hin⁸⁹, zum anderen die Tatsache, daß sich weder beim Viehbestand noch bei der Getreidefläche bzw. beim -ertrag umfangreiche Veränderungen während der Kriegsjahre erkennen lassen⁹⁰.

Deutlicher als im Bereich von Land- (und Forstwirtschaft⁹¹) zeigt sich die beherrschende Stellung des Reiches bei der Erschließung und Förderung der Bodenschätze. Der Abbau von Kupfererz, Quecksilber, Antimon, Erdöl und Mangan wurde zu fast 100 Prozent, von Magnesit und Eisenerz zu bedeutenden Teilen von deutschen Unternehmen kontrolliert⁹². Diese erdrückende Monopolstellung weist auf die Bedeutung der slowakischen Vorkommen für das Reich hin. So stammte immerhin ein Drittel des gesamten deutschen Manganimports aus der Slowakei, das entsprach 95 Prozent der slowakischen Fördermenge. Der slowakische Anteil am deutschen Antimonimport lag ebenfalls bei ungefähr 30 Prozent⁹³. Auch das für die deutsche Kriegswirtschaft so wichtige Magnesit wurde zu großen Teilen aus dem ‚Schutzstaat‘ eingeführt, denn schon vor der Weltwirtschaftskrise hatte der slowakische Anteil an der Weltproduktion bei 14 Prozent gelegen⁹⁴.

Zu den „Lieferungen“ der Slowakei gehörte auch die Entsendung von Arbeitskräften, denn spätestens seit 1939 machte sich im Reich ein Mangel an Arbeitern deutlich bemerkbar. In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit⁹⁵ in der Slowakei gab es daher in der ersten Phase der deutschen Anwerbungen stets mehr Interessenten als Genehmigungen – zumal Arbeitsmigration das traditionelle Mittel war, der Arbeitslosigkeit saisonal oder dauerhaft zu entkommen⁹⁶.

lich an der Senkung ihrer Exporte gelegen. Heumos: Slovensko 71. – Zum Umfang der Getreideimporte des Reiches einschließlich der lokalen Erwerbungen der Wehrmacht siehe Radice: Economic History 375 und Brandt, Karl: Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and other Areas of Fortress Europe. A Study of Military Government. Stanford 1953, 259f. Der gesamte Artikel von Brandt beruht auf Aussagen von Dr. Hans Hamscha, dem ehemaligen deutschen Berater für die Landwirtschaft an der deutschen Gesandtschaft in Bratislava. Brandt: Agriculture XXVII. Die überaus positive Beurteilung der deutsch-slowakischen Zusammenarbeit (255ff.) ist entsprechend mit Zurückhaltung aufzunehmen, zumal einige hier gemachte Aussagen in der übrigen Literatur auch anders dargestellt werden.

⁸⁹ Radice: Economic History 367f.

⁹⁰ Brandt: Agriculture 254f., siehe auch Radice: Economic History 376.

⁹¹ Der Nutzungsgrad der slowakischen Forstwirtschaft durch das Reich wird in der Literatur unterschiedlich hoch veranschlagt. Siehe zur Forstwirtschaft Kaiser: Politik 245f., Dress: Neuordnung 100f. und Radice: Economic History 411ff.

⁹² Dress: Neuordnung 94. – Grundsätzlich zur Einflußnahme im Bereich des Bergbaus auch Kaiser: Politik 509 sowie zum Antimonbergbau Radice: Economic History 408f. und Hornová: Exploatacia 106f. – Schon im November 1937 hatte Hitler dargelegt, daß das Reich seinen Bedarf an Kupfer (und Zinn) nicht selbst decken könne. ADAP, D, I, 19. – Zur Erdölförderung und -verarbeitung Kaiser: Politik 214–217 und Hornová: Exploatacia 107, außerdem Stánek: Vatikán 109.

⁹³ Dress: Neuordnung 91f.

⁹⁴ Ebinda 93.

⁹⁵ Die hohe Arbeitslosigkeit blieb während der ganzen Existenz des Slowakischen Staates ein (ungelöstes) Problem. Lipták: Dejiny 249.

⁹⁶ Konečný, Zdeněk/Maínuš, František: Slováci na pracích v Německu a Protektorátě za

Obwohl sich D'určanský – aus politischen und ökonomischen Gründen, das heißt aus Angst vor der Abwanderung von Fachkräften⁹⁷ – und die slowakischen Banken⁹⁸ um eine Begrenzung der Quote bemühten, sank die Zahl der Neuwerbungen erstmals⁹⁹ erst 1942 auf 40 000 wegen der Einberufungen zum Militär. Dadurch sank auch die Gesamtzahl der Slowaken im Reich auf 65 000¹⁰⁰. Als gegen Ende des Krieges die Lage für die deutsche Wirtschaft immer prekärer wurde, kam es 1944 zu Zwangsverpflichtungen. Besonders betroffen waren davon Industriearbeiter. Ihnen wurde am Ende des Jahres, nach Ablauf ihrer Verträge, sogar die Heimreise verweigert¹⁰¹.

Schätzungen nach Kriegsende gehen davon aus, daß insgesamt ungefähr 200 000 Slowakinnen¹⁰² und Slowaken im Reich und im Protektorat gearbeitet haben¹⁰³. Ihre Behandlung wurde im Verlauf des Krieges zunehmend schlechter¹⁰⁴ und unterschied sich schließlich kaum noch von derjenigen der Ostarbeiter¹⁰⁵. Letztlich bedeutete die Entsendung slowakischer Arbeitskräfte eine Subventionierung der deutschen Kriegswirtschaft.

Abschließend noch einige Bemerkungen zum bilateralen Handel, bei dem sich der seitens des Reiches ausgeübte Zwang zum Clearingsystem¹⁰⁶ besonders negativ auf die

druhé světové války [Slowaken auf Arbeit in Deutschland und im Protektorat während des Zweiten Weltkrieges]. In: *Historický Časopis* 17 (1969) 565–590, hier 574 f. Dort auch der Hinweis, daß 1939 etwa 58 000 offiziell vermittelte Menschen im Reich arbeiteten; zusätzlich etwa noch 12 000 bis 15 000 als Schwarzarbeiter. Sie alle fanden zumeist eine Beschäftigung in der Landwirtschaft (567). Kaiser nennt für 1939 eine Zahl von ca. 60 000 Slowaken, die im Reich arbeiteten. Kaiser: *Politik* 217.

⁹⁷ E b e n d a 218 f.

⁹⁸ Die slowakischen Banken mußten für die Lohn Guthaben der slowakischen Arbeitskräfte aufkommen, denn das Reich wollte seine Verschuldung beim Slowakischen Staat nicht noch weiter steigern. Auch durch die Einführung eines Kontos zum Wareneinkauf für die slowakische Volkswirtschaft in Deutschland konnte das Problem letztlich nicht gelöst werden. K o n e č n ý / M a i n u š : *Slováci* 569 f.

⁹⁹ 1940 und 1941 waren gleichbleibend etwa 80 000 Slowaken im Reich beschäftigt. K o n e č n ý / M a i n u š : *Slováci* 573 und 576.

¹⁰⁰ E b e n d a 576 f.

¹⁰¹ E b e n d a 577 ff.

¹⁰² Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte lag mit 25 Prozent höher als im Ländervergleich, wo er sich durchschnittlich um 20 Prozent bewegte. Insgesamt stellte die Slowakei 1941 das fünfgrößte Kontingent an Arbeitskräften nach Polen, Italien, den Niederlanden und Belgien. P f a h l m a n n , Hans: *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Darmstadt 1968, 119–122.

¹⁰³ K o n e č n ý / M a i n u š : *Slováci* 579 f. Die Zahlen gehen allerdings ziemlich auseinander: 140 000 nach L i p t á k : *Dejiny* 249; 100 000 bis 120 000 nach D r e s s : *Neuordnung* 120 f.; 120 000 nach S t a n e k : *Vatikán* 109 und nur 37 000 nach B r a n d t : *Agriculture* 615. Die letzte Zahl erscheint jedoch zu niedrig, denn Pfahlmann zitiert aus den Unterlagen der Werbestellen, wonach im Kalenderjahr 1943 allein 34 076 slowakische Arbeitskräfte für den Einsatz ins Reich geworben wurden; ungeachtet derer, die sich schon im Reich befanden: P f a h l m a n n : *Fremdarbeiter* 80 f.

¹⁰⁴ Allgemein zu der Versorgung und den Löhnen in Industrie und Landwirtschaft K o n e č n ý / M a i n u š : *Slováci* 580 ff. – Zu den Löhnen und Arbeitsbedingungen außerdem auch P f a h l m a n n : *Fremdarbeiter* 222 ff.

¹⁰⁵ K o n e č n ý / M a i n u š : *Slováci* 590.

¹⁰⁶ Unter dem Clearingsystem versteht man eine Methode des bargeldlosen, devisenunabhängigen, bilateralen Zahlungsverkehrs, der über Verrechnungskassen der jeweiligen National-

slowakische Wirtschaft auswirkte. Nachteilig war in diesem Kontext die begrenzte Aufnahmefähigkeit des slowakischen Marktes für deutsche Waren¹⁰⁷. Eine wesentlich entscheidendere Rolle spielte jedoch die Tatsache, daß das Reich es nach und nach aufgab, den Ausgleich der Zahlungsbilanzen auch nur anzustreben. Diese Haltung manifestierte sich in einer Vereinbarung vom August 1940, wonach Überweisungen im Verrechnungsverkehr „grundsätzlich ohne Rücksicht auf den Stand der Verrechnungskonten unverzüglich“ auszuführen waren. Diese Abmachung ermöglichte eine nahezu unbegrenzte Ausweitung deutscher Bedarfsforderungen¹⁰⁸. Die konkreten Zahlen der slowakischen Guthaben zeigen, daß dies auch die tatsächliche Politik des Reiches war. Schon 1940 beliefen sich die slowakischen Guthaben in Berlin auf 86 Millionen RM. Das entsprach fast zwei Dritteln des slowakischen Staatshaushaltes. 1941 betragen die Ausstände des Reiches 197 Millionen RM, ein Jahr später 275,7 Millionen RM. Bis Ende Juli 1944 war die Clearingverschuldung des Reiches auf 6,667 Milliarden Ks¹⁰⁹ (bei einem Umtauschkurs zwischen RM und Ks von 1:11,62¹¹⁰ etwa 573,75 Millionen RM) gestiegen, ein Betrag in der doppelten Höhe der slowakischen Staatsausgaben¹¹¹. Wenn man weiterhin noch beachtet, daß die Wechselkurse 1939 festgesetzt worden waren, aber trotz der inflationären Entwicklung bis 1945 keine Anpassung erfuhr, und zusätzlich die slowakischen Guthaben beim Reich nicht verzinst wurden, sind sie faktisch als zinslose Kredite der Slowakei zur Finanzierung der deutschen Kriegswirtschaft zu bezeichnen¹¹². Das Clearingsystem erwies sich somit als elegante Methode, einen Teil der Kriegskosten des Reiches auf einen Verbündeten abzuwälzen.

Fazit

Will man die Bedeutung des Slowakischen Staates für das Deutsche Reich mit einem Wort erfassen, so ist sicher der Begriff des *Mustersatelliten* der am nächsten liegende. Die Slowakei, die sich in ihrer staatlichen Existenz durch den ungarischen Revisionismus in solcher Weise bedroht sah, daß sie nicht davor zurückschreckte, zum „Juniorpartner“ von Hitler-Deutschland zu werden, erfüllte die ihr zugewiesene Rolle durchaus zur Zufriedenheit des Reiches.

banken abgewickelt wird. Es diente als Druckmittel zur Ausweitung des Handelsaustausches. Kaiser: Politik 135 ff. – Zur Zusammensetzung der Clearingbestände im konkreten slowakischen Fall siehe Radice: Economic History 346 f., Dress: Neuordnung 109f. sowie Kaiser: Politik 518–521.

¹⁰⁷ Kaiser: Politik 201.

¹⁰⁸ E b e n d a 375 ff. In diesem Sinn formulierte auch der deutsche Gesandte in der Slowakei, von Killinger, in einem Schreiben vom Oktober 1940 an das AA die Ziele seiner Tätigkeit, „daß [die Slowakei] uns im Kriege wirtschaftlich hundertprozentig zur Verfügung steht und daß sie politisch so geführt wird, daß auch nicht der geringste Zweifel bestehen kann, daß sie im Kriege nicht auf Vordermann marschirt“. Zitiert nach H o e n s c h : Weg 225.

¹⁰⁹ Kaiser: Politik 521 f. – Zum Clearingstand 1943 siehe auch H e u m o s : Slovensko 71.

¹¹⁰ R a d i c e : Economic History 330. Hier auch der Hinweis, daß die 1939 festgesetzten Wechselkurse bis 1945 galten.

¹¹¹ Kaiser: Politik 523.

¹¹² E b e n d a 229f.

War der politische und militärische Nutzen in praktischer Hinsicht vielleicht zweitrangig, so war der propagandistische Gewinn dagegen beträchtlich. Die Slowakei, der deutsche „Schutzstaat“, ermöglichte der Reichsführung im Rahmen des „Visitenkarten“-Konzepts zunächst eine Verschleierung ihrer hegemonialen Absichten im gesamten südosteuropäischen Raum. Später, das heißt nach den Siegen an der Westfront im Frühsommer 1940, fiel der Slowakei die Rolle einer Schrittmacherin bei dem deutschen Bemühen um Angleichung der politischen Systeme des Donauraums an das nationalsozialistische Vorbild zu. Darüber hinaus war die Slowakei bedeutsam als ein Staat mit slawischer Bevölkerung, denn so konnte die rassistische Zielsetzung besonders des Krieges gegen die Sowjetunion kaschiert werden: Das Reich konnte so leichter behaupten, es handele sich um einen Feldzug gegen den „Bolschewismus“ (und nicht gegen den „slawischen Untermenschen“). Im Zusammenhang mit dem Holocaust war für die reichsdeutsche Propaganda besonders die Tatsache bedeutsam, daß an der Spitze des Slowakischen Staates ein katholischer Geistlicher stand. Dies erhöhte die Glaubwürdigkeit der Lüge, daß die Transporte „Umsiedlung“, und nicht Ermordung bedeuteten.

Neben dem propagandistischen Aspekt muß auch der ökonomische gewertet werden. Die Slowakei versorgte das Reich mit land- und forstwirtschaftlichen Produkten, mit kriegswichtigen Bodenschätzen (von denen die deutsche Wirtschaft sonst zum Teil wegen der Blockadepolitik im Krieg abgeschnitten war) und schickte Arbeitskräfte. Ihr volkswirtschaftlicher Beitrag für die deutsche Kriegsproduktion, gemessen an den Kapazitäten des Landes, war beträchtlich¹¹³. Bis an den Rand des finanziellen und energetischen Zusammenbruchs ließ sie sich, ganz Mustersatellit, vor den deutschen „Kriegskarren“ spannen – nicht zuletzt, um sich ein Minimum an innenpolitischem Spielraum zu bewahren.

Wenn man bedenkt, daß alle diese Anstrengungen, einschließlich der Ermordung eines großen Teils der slowakischen Juden, dazu dienen sollten, unter dem „Schutz“ des Deutschen Reiches die slowakische Eigenstaatlichkeit zu wahren, so sind die slowakischen Politiker bei ihrer Entscheidung schlecht beraten gewesen: Im Falle eines deutschen Sieges sahen Pläne der SS¹¹⁴ vor, die slowakische Bevölkerung teilweise zu germanisieren, teilweise zu deportieren und auszurotten, um ihr Siedlungsgebiet durch Kolonisation an das sogenannte deutsche „Kernland“ anzugliedern.

¹¹³ Laut Kaiser lag der slowakische Beitrag relativ gesehen sogar höher als derjenige von Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Während nämlich die Clearingbelastung pro Kopf der Bevölkerung für die Slowakei 193 RM betrug, lag sie für Ungarn bei 71 RM, für Rumänien bei 52 RM und für Bulgarien sogar lediglich bei 12 RM pro Kopf der Bevölkerung. Kaiser: Politik 527.

¹¹⁴ Zu den verschiedenen Konzeptionen über die Neuordnung Europas nach Kriegsende in SS-Kreisen Elvert, Jürgen: „Germanen“ und „Imperialisten“. Zwei Europakonzepte aus nationalsozialistischer Zeit. Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 5 (1992) 161–184. – Für den slowakischen Fall siehe Kaiser: Politik 440ff. und 514 sowie Jelinek: Reich 238f. Kaiser legt auch dar, daß die Vorstellungen des deutschen Gesandten Ludin wie auch seiner engsten Mitarbeiter Gmelin und Snyckers, alle Angehörige der SA, weniger radikal waren, den Slowaken jedoch nicht mehr als kulturell-nationale Eigenständigkeit bei Anerkennung der Führungsrolle des Reiches auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet zubilligten. Kaiser: Politik 482.